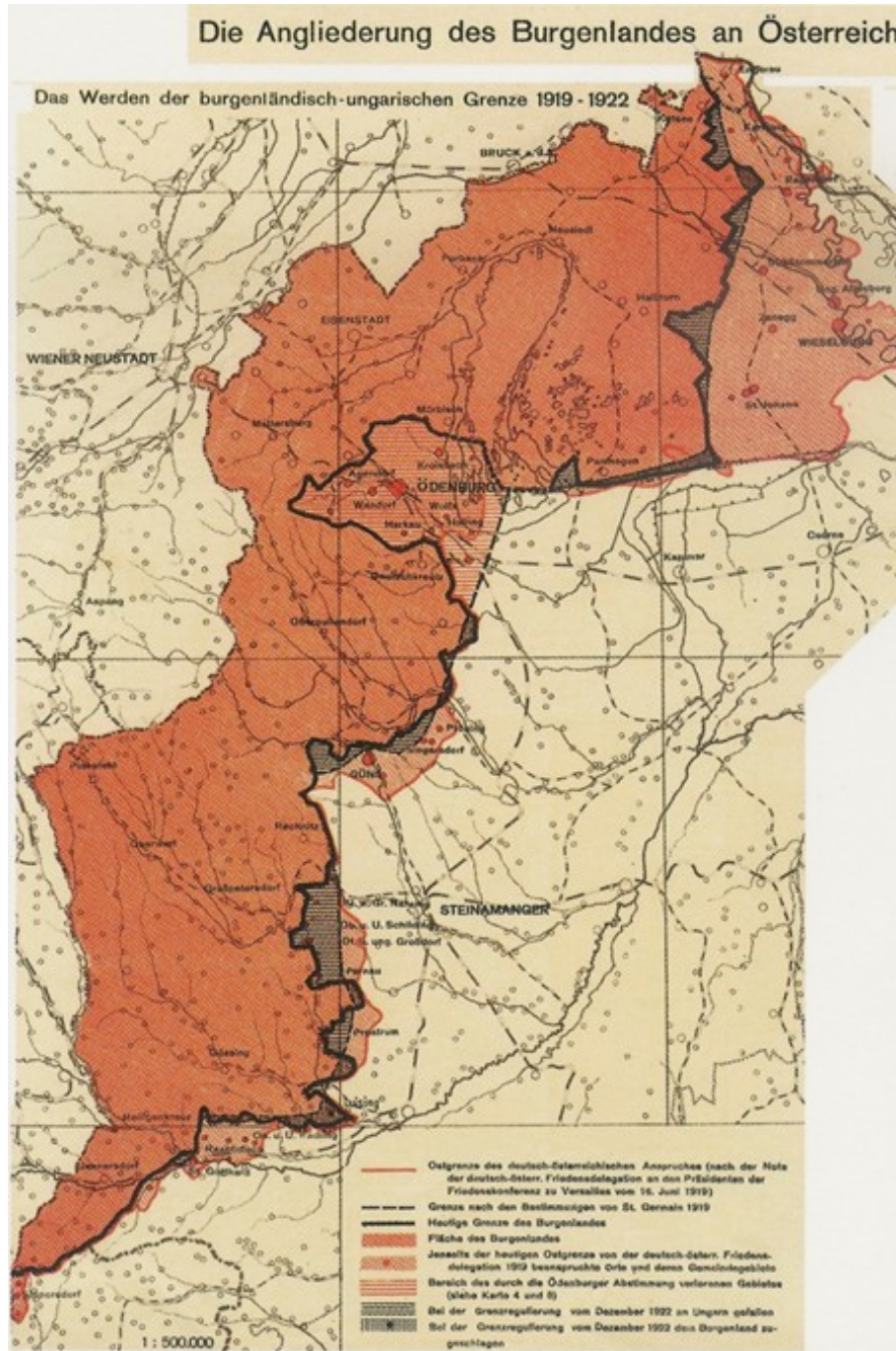


Gemeinde ist Heimat





Gemeinde ist Heimat

Ein Projekt anlässlich 90 Jahre Burgenland

Herausgeber, Impressum

Präs. LAbg. Bgm. Leo Radakovits
Burgenländischer Gemeindebund
Julius Raab Straße 7
7000 Eisenstadt
post@gemeinebund.bgld.gv.at
www.gemeinebund-burgenland.at

Für den gesamten Inhalt verantwortlich

Gemeinebunddirektor Stefan Bubich, BA

Aufarbeitung der Texte und Lektorat

Angela Pfalz

Druck

Graphische Werkstatt GmbH
Mattersburger Straße 23
7000 Eisenstadt

Gefördert aus der Jubiläumsgabe zu „90 Jahre Burgenland“

Eisenstadt, Dezember 2011

Vorwort



Präsident Leo Radakovits



Direktor Stefan Bubich, BA

Gemeinde ist Heimat

Das Jahr 2011 ist für das Burgenland ein ganz besonderes Jahr: wir feiern 90 Jahre Burgenland. Gleichzeitig begehen wir das Europäische Jahr der Freiwilligen, was für die Gemeinden des Burgenlandes von größter Bedeutung ist.

Ohne die freiwilligen Leistungen der Menschen in den Dörfern, wäre die positive Entwicklung in unseren Kommunen nicht möglich gewesen. Gerade in den ersten Jahren der Existenz des Burgenlandes, in denen kaum Strukturen vorhanden waren und ein geordnetes Gemeinwesen fast ausschließlich durch den selbstlosen Einsatz der Bürgerinnen und Bürger organisiert werden konnte, war die Freiwilligkeit ein unverzichtbares Element in den Gemeinden. Auf diese speziellen Jahre wollen wir uns ganz besonders konzentrieren.

Die Gemeinden sind aber auch heute, nach 90 Jahren, nach wie vor sowohl Basis für die burgenländische Identität als auch Keimzellen für die Freiwilligenarbeit. Ein Gemeindeleben ohne Vereine, Feuerwehr und ohne Bürgerbeteiligung wäre auch heute unvorstellbar.

Der Aufbau und die Weiterentwicklung des Burgenlandes sind eng verbunden mit der Arbeit in den Gemeinden, denn die Gemeinde ist die unmittelbare Heimat für die Menschen. In der Gemeinde wird all das geschaffen und zur Verfügung gestellt, was in Summe die Lebensqualität ausmacht. Deshalb ist es angebracht, anlässlich des Jubiläums „90 Jahre Burgenland“ die Anfangsjahre der Gemeinden, im neu entstandenen Bundesland Burgenland, anhand einiger ausgewählter Gemeinden, zu dokumentieren. Einerseits soll jeweils eine Gemeinde aus jedem Bezirk beleuchtet werden, andererseits sollen alle Größenklassen und Volksgruppen eine Berücksichtigung finden.

Die Entwicklung des Burgenlandes

Das Ende des Ersten Weltkrieges ging einher mit dem Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie. Damit stellte sich im hauptsächlich von Deutschen bewohnten Westungarn die Frage nach der Staatszugehörigkeit. Die große Mehrheit der Bevölkerung Westungarns sprach sich, vor allem aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit, für einen Anschluss an Österreich aus. Die Hoffnungen stützten sich auf die Friedensverhandlungen in Paris, zu denen Staatskanzler Dr. Karl Renner mit seiner Delegation, darunter der Burgenlandexperte Dr. Ernst Beer, am 12. Mai 1919 entsandt wurde. Aufgeworfen wurde die Burgenlandfrage hier jedoch seitens der Tschechoslowakei, die ihre eigenen Interessen bei der Grenzziehung des Burgenlandes vertrat, die eine gemeinsame Grenze mit dem Königreich Jugoslawien beinhalteten. Österreich hingegen forderte das Komitat Wieselburg sowie die deutschsprachigen Teile der Komitate Eisenburg und Ödenburg.

Italien sowie die USA und Großbritannien sprachen sich deutlich gegen den Wunsch der Tschechoslowakei aus, die mit Frankreich einen Unterstützer fand. Schlussendlich wurde ein Grenzverlauf ausgehandelt, der Österreich den Großteil des von ihm beanspruchten Gebietes zugestand. Damit entsprach man erstens den ethischen Anforderungen, die vor allem seitens der USA forciert wurden. Man wollte den Wünschen der betroffenen Bevölkerung nachkommen. Gleichzeitig hoffte man, das neue Räteregime in Ungarn dadurch zu schwächen. Das jedoch wichtigste Argument, das für die Angliederung Westungarns ans Österreich sprach, war politischer Natur. Einerseits sah man im Bolschewismus, der in Folge der Oktoberrevolution 1917 in Russland an die Macht gekommen war und sich nun ausbreitete, eine Gefahr. Andererseits wollte man vermeiden, dass ein kleines und schwaches Österreich an Deutschland fallen könne, weil es nicht existenzfähig sei. Am 10. September wurde der Friedensvertrag in St. Germain unterzeichnet, bei dem Österreich die westlichen Teile der Komitate Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg zugesprochen wurden – aus den Endsilben entstand der Name Burgenland.

Schriftlich besiegelt wollte man in Ungarn die Entscheidung der Alliierten dennoch nicht hinnehmen. Dort hatte eine „weiße“ Gegenregierung die Räteherrschaft des Landes gestürzt – und auch Westungarn fest in der Hand. Kommandant der Truppen

in Westungarn war Anton Lehár, der seinen Sitz in Steinamanger (Szombathely) hatte. Das Regime unter Nikolaus von Horthy versuchte indes, den Verlust der Grenzgebiete doch noch abzuwenden und vertrat dabei den Grundsatz „Nem, nem, soha!“ (Nein, nein, niemals!). Am 4. Juni 1920 musste Ungarn jedoch den Vertrag von Trianon unterzeichnen, der die Abtretung des Burgenlandes an Österreich beinhaltete.

Zu dieser Zeit bildeten sich in Ungarn rechtsradikale Freischaren, die ihre Anhänger unter fanatisierten Hochschülern und abgerüsteten Berufsoffizieren fanden. Aber auch in Flüchtlingslagern, wo viele Vertriebene aus den umliegenden Ländern hausten, gewannen die Freischärler Zuwachs. Sogar einzelne deutsche Offiziere schlossen sich den Freischärlern an. Ab der Mitte des 20. Jahrhunderts tauchten die Freischärler im Burgenland auf: Im Norden als 1400 Mann starke Gruppierung unter Ivan Hejjas, im Süden waren es 1200 Freischärler unter Paul von Pronay. Hejjas und Pronay waren Anhänger der „weißen“ Gegenrevolution. Zu Ostern des Jahres 1921 erfolgte der erste Restaurationsversuch des Ex-Kaisers Karl, der aber am Widerstand des ungarischen Reichsverwesers Nikolaus Horthy scheiterte. Die Anhänger Karls stellten für einen möglichen Wiederholungsfall Truppen auf. Die antihabsburgischen „Freien Königswähler“, zu denen auch Hejjas und Pronay zählten, reagierten indem sie Truppen bei Wieselburg, Ják und Körmünd stationierten. Im Burgenland wurden im Sommer 1921 somit auch innerungarische Differenzen ausgetragen.

Die Übernahme des Burgenlandes durch die zivilen Behörden war mittlerweile für den 28. August angesetzt worden. Diese sollte durch Gendarmerie und Zollwachbeamte erfolgen. Ungarn hatte zuvor erreicht, dass keine Soldaten einmarschieren durften. Damit hatten die ungarischen Freischärler freilich einen entscheidenden Vorteil. Während im Norden des Landes der Einmarsch noch relativ problemlos verlief, gelang dieser mit einigen Mühen auch in den Bezirken Eisenstadt und Mattersburg. Hier waren die Freischärler aufgrund des Konfliktes mit den Karlisten jedoch geschwächt. Auch in Lackenbach, Oberpullendorf und Deutsch-Gerisdorf gelang der Einmarsch binnen kurzer Zeit. Anders gestaltete sich die Lage im Komitat Eisenburg. Die österreichische Gendarmerie wurde sofort von den Freischärlern angegriffen, die eine Übermacht darstellten. Sie verfügten im Süden

des Landes über Artillerie und Straßenpanzer. Die Gendarmerie musste sich schließlich gänzlich zurückziehen. Von Süden aus starteten die Freischärler am 5. September einen Überraschungsangriff auf den Gendarmerieposten im Zöberntal und stießen bis ins niederösterreichische Kirchsschlag vor. Zwar gelang es dort dem Bundesheer die Angreifer zurückzutreiben, die Stellung der Exekutive im mittleren Burgenland konnte aber nicht gehalten werden. Selbiges galt wenige Tage später für Agendorf. Am 9. September räumte die österreichische Gendarmerie schließlich das ganze Burgenland.

Am 23. September forderten die Entente Ungarn unmissverständlich dazu auf, das Burgenland bis zum 4. Oktober vollständig zu räumen. Das hatte zur Folge, dass Ungarn seine regulären Verbände abzog, für die Freischärler galt dies freilich nicht. Sie riefen am 4. Oktober den unabhängigen Staat „Lajta Bánság“ (Leitha-Banat) unter der Führung von Oberstleutnant Pronay aus.

Für Österreich schien die Lage zusehends aussichtslos, dazu trübte die Inflation die Gemüter – Streiks und Unruhen waren die Folge. Aber auch Ungarn bereitete die Situation an der Westgrenze Sorgen. So mehrten sich die Gerüchte um einen neuerlichen Rückkehrversuch des Ex-Kaisers. Die ungarische Regierung überlegte daher die Eliteeinheit der Karlisten, das Detachement des Majors Julius Moravek von Ostenburg abzuziehen. Dies sollte tatsächlich einen weiteren Restaurationsversuch Ex-Kaiser Karls zur Folge haben.

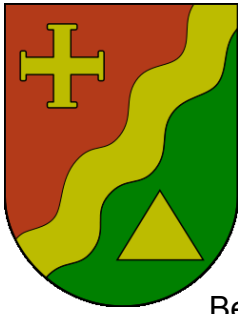
Am 1. Oktober nahmen Österreich und Ungarn ein Vermittlungsangebot Italiens wahr. Am 11. Oktober reiste daher Bundeskanzler Johann Schober zu Verhandlungen mit Ungarns Graf István von Bethlen und dem italienischen Außenministers Marchese Della Toretta nach Venedig. Das Ergebnis war ein Kompromiss, der keines der involvierten Länder freute. Ungarn müsse dafür sorgen, dass die Freischärler das Burgenland räumen, Österreich dürfe die Besetzung mithilfe des Bundesheeres durchführen. Ungarn bestand aber tunlichst auf Ödenburg. Toretta gab zu verstehen, dass Österreich diesen Kompromiss eingehen müsse, da man davon die Finanz- und Kreditverhandlungen mit Österreich beim Völkerbund abhängig machen würde. Man einigte sich schließlich darauf hier sowie in acht umliegenden Gemeinden eine Volksabstimmung durchzuführen. Mit der

Zustimmung zur Volksabstimmung sollte freilich bloß der Schein gewahrt werden, tatsächlich handelte es sich um einen Verzicht seitens Österreichs.

Nachdem die erneute Rückkehr von Ex-Kaiser Karl am 21. Oktober vorübergehend Chaos im Land erzeugt hatte, begann das ungarische Militär am 7. November die Freischaren aus dem Burgenland zu drängen. Bis zum 11. November war das Land endgültig geräumt und das Bundesheer konnte mit der Besitznahme starten.

In Ödenburg wurde aufgrund der anstehenden Volksabstimmung seitens Ungarns großer Druck auf die Bevölkerung ausgeübt. Zudem wurden noch schnell 4000 Personen eingebürgert. Trotz allem sprach sich lediglich eine Mehrheit von 65,08 Prozent für Ungarn aus. Die zukünftige Landeshauptstadt war damit aber dennoch verloren.

Die endgültige Festlegung der Grenze sollte nach wirtschaftlichen Interessenspunkten erfolgen und gestaltete sich als langwierig. Auch auf die Großgrundbesitzer wurde dabei Rücksicht genommen. Man wollte aber auch, wo es möglich war, den Wünschen der Bevölkerung nachkommen. Aus diesem Grund wurde Luising als letzte Gemeinde im Jahr 1923 an Österreich angeschlossen.



Jennersdorf

In Jennersdorf war die Gendarmerie bereits wieder abgezogen, bevor die Freischärler eintrafen. Der spätere Jennersdorfer Bezirkshauptmann Dr. Reverencic, der damals in der Bezirkshauptmannschaft St. Gotthart beschäftigt war, hatte dem Kommandant der Gendarmerie von dem geplanten Überfall der Freischaren auf den Ort berichtet. Der schwachen Einheit der Gendarmerie blieb daher nur der Rückzug über die steirische Grenze. Dasselbe galt auch für viele weitere Menschen, vor allem für die Verfechter des Anschlusses an Österreich. In kleinen Gruppen unternahmen sie Überfälle auf die Stützpunkte der Freischärler. Die Angegriffenen selbst rächten sich mit wahllos gegen einzelne Jennersdorfer gerichteter Gewalt. Wer seine pro-österreichische Einstellung kundtat, befand sich in großer Gefahr. Beispielsweise sollte ein Mühlenbesitzer, der die österreichische Gendarmerie herzlich empfangen hatte, erhängt werden. Die Freischärler waren aber bestechlich und so konnte er von den Jennersdorfern freigekauft werden.

Eine vor Ort ansässige Militärkommission der Alliierten, die die reibungslose Übergabe des Burgenlands an Österreich garantieren sollte, beeindruckte die Freischärler kaum. Im Gegenteil: Als diese gegen das Vorgehen der Freischaren durchgreifen wollte, wurde sie kurzerhand verhaftet. Erst als Bundeskanzler Dr. Schober das Venediger Protokoll unterzeichnet hatte, konnte Österreich mithilfe des Bundesheeres das Land besetzen und so auch für die Gemeinde Jennersdorf ein neuer Entwicklungsschritt beginnen. Die Errichtung von Eisenbahn, Post und Gendarmerie hatten bereits die Voraussetzungen für ein politisches und wirtschaftliches Zentrum im südlichsten Teil des Landes geschaffen, das durch Bezirkshauptmannschaft und Bezirksgericht einen weiteren Aufstieg erfuhr. Dieser ging aber nicht ohne Schwierigkeiten vonstatten: Der dörfliche Charakter und die damit verbundenen Gegebenheiten erschwerten den Aufbau von Ämtern. Im Jahr 1928 konnte das Zentralamtsgebäude in Jennersdorf fertiggestellt werden. Auch bei der Eisenbahn, der Post und der Gendarmerie mussten viele Posten neu besetzt werden. Viele österreichische Beamte sahen einen Aufenthalt in Jennersdorf aber als Verbannung an, Jennersdorf selbst als ein „von primitiven Bedingungen geprägtes Randgebiet der Zivilisation.“ Der Ort hatte sich seit Jahrzehnten kaum verändert.

Viele sahen in den Jahren nach dem Anschluss nur einem Leben in Armut entgegen und wählten daher die Auswanderung als letzten Ausweg.

Den Jennersdorfern stand nur das Notwendigste zur Verfügung: dürftige Bekleidung, dürftige und einseitige Nahrung. Die soziale Oberschicht war dünn, bestand vorwiegend aus Beamten und Kaufleuten. Sie lebte zwar besser als die Übrigen, war aber ebenfalls den örtlichen Beschränkungen ausgesetzt. In den sieben Geschäften orientierte sich das Angebot rein an den alltäglichen Bedürfnissen. An sieben Tagen im Jahr wurde ein Markt abgehalten. Ihm kam eine wichtige Versorgungsfunktion zu.

Die politische Einstellung der Jennersdorfer Bevölkerung zu dieser Zeit spiegelte die konservative und nationale Grundstimmung wider. Für sie, die zuvor lange selbst eine Minderheit in Ungarn dargestellt hatte, stand das Bekenntnis zum Deutschtum hoch oben. Verstärkt wurde dies durch ungelöste wirtschaftliche Probleme. Das Ergebnis der Gemeinderatswahl vom Jahr 1931 zeigt eine unterschiedliche Gewichtung der Parteien in den Gemeinden des Bezirks und im Bezirksvorort selbst. So fiel letzterer durch die starke Vertretung des Landbundes und der Großdeutschen sowie durch die Schwäche der Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen auf.

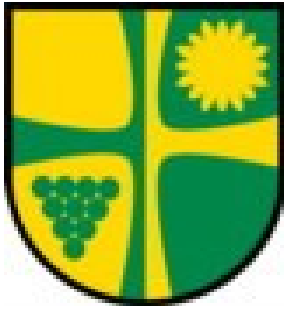
Insgesamt verteilten sich die Mandate wie folgt: Auf den Landbund entfielen fünf Mandate, die nationale Wirtschaftspartei, die Großdeutsche und dissidente Christlich-Soziale vereinigte, gewann vier Mandate. Die Christlich-Sozialen und die dissidente Landbundpartei konnten je zwei Mandate erringen und je ein Mandat entfiel auf die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten.

Zu diesem Zeitpunkt war die Großdeutsche Partei das Sammelbecken all derer, die einen Anschluss an Deutschland forderten. Die Aktivitäten der Nationalsozialisten wurden zwar wahrgenommen und ihre Versammlungen zumeist gut besucht, eine direkte Wirkung auf das Wählerpotential blieb aber vorerst aus. Auch der Heimatschutz warb um Sympathien. Er sah sich selbst als deutsche Bewegung, jedoch mit österreichischer Prägung. Trotzdem konnte auch er in Jennersdorf nicht Fuß fassen. Das Wahlverhalten der Jennersdorfer richtete sich zu dieser Zeit kaum nach ideologischen Vorstellungen, sondern am Streben nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation.

Der Großteil der Bevölkerung war in der Landwirtschaft beschäftigt und die Situation derer war schlecht. Einerseits war es nicht gelungen neue Arbeitsplätze zu schaffen oder zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu lukrieren, andererseits stiegen die Lebenshaltungskosten kontinuierlich. Davon betroffen waren vor allem die kleinen Betriebe. Dort konnte aufgrund von Erbteilungen die Versorgung der oft kinderreichen Familien nicht mehr garantiert werden.

Die nationalsozialistische Partei profitierte zusehends davon, dass man außerstande war, die wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Viele sahen in ihr den Garant für einen – als notwendig betrachteten – Anschluss an Deutschland. Am 20. Mai 1933 wurde in Jennersdorf die „Vaterländische Front“ gegründet. Sie fand kaum Anklang. Zwar waren die Beamten verpflichtet, ihr beizutreten, viele sympathisierten aber insgeheim mit dem Nationalsozialismus. Da die Jennersdorfer Bevölkerung größtenteils politisch gleichgesinnt war, blieben ihnen ernsthafte Differenzen erspart. Die Ereignisse vom 12. Februar gingen im Wesentlichen an ihr vorbei und auch die kurze Besetzung der Bezirkshauptmannschaft und des Gendarmeriepostens durch die illegale SA während des Juliputsches 1934 verlief ohne Blutvergießen. Rund 50 Männer wurden in diesem Zuge jedoch angeklagt und zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Mit den wachsenden Spannungen stieg die Popularität der Nationalsozialisten. So waren zu einer nationalsozialistischen Kundgebung rund 3000 Teilnehmer erschienen – weit mehr als bei einem Besuch von Bundeskanzler Schuschnigg kurz davor. Der Anschluss an Deutschland im Jahr 1938 stellt einen tiefen Schnitt in der Entwicklung Jennersdorfs dar. Erst am Ende der Besatzungszeit konnte hier wieder angeknüpft werden.



Luising

Bezirk Güssing

Als aufgrund des Venediger Protokolls vom 13. Oktober 1921 der Angliederung des Burgenlandes an Österreich nichts mehr im Wege stand, blieb die kleine Gemeinde Luising beim Königreich Ungarn, während ihre Nachbargemeinde Hagensdorf zu Österreich kam. Dadurch entstand ein schwerwiegendes Problem, da die Entwicklung Luisings und Hagensdorfs nicht unabhängig voneinander abgelaufen war. So gingen die Kinder aus Luising in Hagensdorf zur Schule oder war Luising eine Filiale der Hagensdorfer Pfarre.

Daraufhin wurden eine ungarische Zollwachabteilung sowie eine Demarkationslinie zwischen Hagensdorf und Luising errichtet. Die Luisinger Bauern, die zahlreiche Felder und Weingärten auf Hagensdorfer und Heiligenbrunner Boden bestellten, wurden fortan daran gehindert, ihren üblichen Weg dorthin zurückzulegen. Man wollte sie zwingen, einen Umweg zu nehmen, der auch an der Zollhütte vorbeiführte. Als sich die Bauern weigerten, wurden sie schikaniert, eingesperrt und im schlimmsten Fall sogar beschossen. Erst jetzt wurde den Luisingern das volle Ausmaß der Entscheidungen von Paris bewusst.

Bereits drei Monate nach den Übergabeformalitäten richtete die Gemeindevorsteherung von Luising eine Resolution an das Bezirksverwaltungsamt in Güssing in der es hieß:

„Ja! mit rein deutschen Herzen gesteen wir in dieser Beilage unseren Brüdern und Schwestern, so auch Vater und Mutter, welche drüben Im befreiten Burgenland sich befinden uns sich schon heut eines neuen Lebens freuen, unsere deutsche Nation.

Wir aber sollen für immer jetzt leugnen, dass wir deutsche sind, und zugleich getrent werden fon unser Kirche, Schule etz., die wir schon Jahrhunderte Gemeinschaftlich besuchen.

Auch Wirtschaftlich sind wir sehr enge verknüpft, da wir Gründe im Gemeindegebiet Hagensdorf und die Hagensdorfer wiederum Gründe in

hies(igem) Gemeindegebiete Luissing haben, Unsere Weingärten befinden sich sogar in Heiligenbrun.

Wen uns aber die Grenzlinie wegschneiden würde, So würde unser Lebensunterhalt gefährdet. Eine Naturgrenze könnte bei hir nur der Pinkaflus sein, der das deutsche von Magyarischen Gebiet abgrenzt.

Wir möchten daher seiner Hochwohlgeboren Herrn Leiter des Bezirksverwaltungsamtes in Güssing, Indständigst bitten, bei den höheren Stellen dahin wirken zuwollen, das die Angelegenheit eine befriedigende, und solche Lösung findet, die Gemeinde Luissing dem Burgenlande mit Hagendorf auch weiterhin verbunden bleibt!

*der Erfüllung entgegen sehend, sowie unsrer Herzenswunsches Zeichnet Hochachtungsfoll
die Gemeindevertretung Luissing.*

*Wiener Hermán, Bürgermeister
Thomas Pail, vice(bürgermeister)
Wiener Herman.“*

Am 7. Jänner 1922 richtete auch die Gemeinde Hagendorf eine Resolution diesbezüglich an das Bezirksverwaltungsamt in Güssing:

„Durch den Friedensvertrag von St. Germain und Trianon hat sich vieles grundlegend geändert. Was man vor Jahren noch für unmöglich hielt, ist Tatsache geworden.

Wenn uns auch die von fremden Nationen aufoktrojierten Verträge viele Härten auflegen, so atmen wir trotzdem erleichtert auf, da wir als Deutsche Anschluß an jenes Reich gefunden haben, für welches unser Herz schlägt und die Gefühle sprechen.

Aus der Gewalt einer herrschsüchtigen Nation sind wir befreit uns ist uns endlich der Weg geebnet zu einem viel leichteren und gedeihlicheren Fortkommen.

Doch eines belastet uns noch sehr schwer und berührt uns auf's tiefste unangenehm, dass jenseits der prov(isorischen) Reichsgrenze deutschen

Brüdern und Schwestern die Fesseln noch angelegt sind. Gerne möchten sie bei uns sein und wir wollten sie mit offenen Armen empfangen, aber das Verhältnis ist nicht in jenen Sinne, was unseren Willen entsprechen möchte.

Diese deutschen Brüder und Schwestern, war wir meinen, sind Bewohner der Gemeinde(n) Luising und Ung(arisch)-Bieling, welche Gemeinden gegenüber Hagensdorf auf ung(arischem) Gebiet liegen.

Durch Jahrhunderte hindurch sind wir mit diesen Leuten in jeder Hinsicht auf's engste verbunden gewesen. Wir haben vieles gemeinsam, so unter anderen die Kirche, Schule etc. Auch wirtschaftlich sind wir sehr enge verknüpft, da wir z. B. Gründe im Gemeindegebiete Luising und die Luisinger wiederum Gründe im hies(igen) Gemeindegebiete haben.

Es wäre für die hies(ige) Bevölkerung ein sehr harter Schlag, wenn das Gefühl der Zusammengehörigkeit dadurch verletzt würde, wenn beide Gemeinden durch die Grenze von uns für immer getrennt würden.

Wir möchten daher Seiner Hochwohlgeboren Herrn Leiter des Bezirksverwaltungsamtes in Güssing inständigst bitten, bei den höheren Stellen dahin wirken zu wollen, daß diese Angelegenheit eine befriedigende und solche Lösung findet, daß die Gemeinde Luising und Ung(arsich)-Bieling dem Burgenlande angegliedert werden.

Der Erfüllung unseres Herzenswunsches entgegensehend

zeichnet hochachtungsvoll

die Gemeindevertretung Hagensdorf

Hermann Wiener, Bürgermeister

Franz Seier, Vice(bürgermeister)

Rafael Geider

Martin Öhl

Schuszter Kosmas.“

Im Frühsommer des Jahres 1922 starteten der Luisinger Vizebürgermeister Rudolf Wiener und der Gemeinderat Thomas Pail ein waghalsiges Unternehmen. Sie reisten nach Ödenburg um dort beim österreichisch-ungarischen Grenzregulierungsausschuss die Angliederung Luisings an Österreich zu fordern. Dabei beriefen sie sich auf die bereits erwähnten Fakten sowie auf die Instruktionen der Botschafterkonferenz, die

unter anderem besagten, dass „der Rat des Völkerbundes die an ihn erstatteten Berichte nur dann in Erwägung ziehen kann, wenn eine der interessierten Parteien ihn darum ersucht.“ Zugrunde lag dieser Instruktion eine Mantelnote des Vertrages von Trianon, die vorschlug dort die Grenzen zu revidieren, „wo die so gezogene Grenzlinie nicht überall mit Genauigkeit an den ethischen oder wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen sollte“.

Die Luisinger Gemeindevertreter hinterließen bei der Kommission ob ihres mutigen Einsatzes einen bleibenden Eindruck. Sie versprach die Gegebenheiten vor Ort überprüfen zu lassen. Inzwischen war das Vorgehen des Luisinger Vizebürgermeisters und des Gemeinderats auch den ungarischen Behörden nicht verborgen geblieben. Zudem kannten sie die Einstellung der Luisinger Bevölkerung. So wurde versucht, den Luisingern ihre Sache schmackhaft zu machen, indem man ihnen bessere Straßenverbindungen zu den umliegenden ungarischen Gemeinden anbot. Zudem wurde die pro-österreichische Gemeindevertretung in Luising ausgetauscht. Gegen die beiden Gemeindevertreter, die in Ödenburg ihre Belange dargebracht hatten, wurde sogar ein Haftbefehl erlassen. Sie konnten sich nur durch die schnelle Flucht nach Hagensdorf davor bewahren.

Seitens ungarischer Nationalisten wurde – um sich der Problematik endlich zu entledigen – sogar der Plan gefasst, Hagensdorf zu besetzen und Ungarn „reinzukorporieren“. Schnell hatte sich dafür ein Freischärlertrupp formiert. Man teilte der Hagensdorfer Bevölkerung mit, ihr würde bei dem Vorgang nichts passieren. Diese unterrichtete jedoch den Güssinger Bezirksverwalter Dr. Ernst Mayerhofer, der herbeieilte und versuchte, die ungarischen Zöllner von ihrem Plan abzuhalten. Diese gaben an, von dem ganzen Vorhaben nichts zu wissen, weshalb Österreich damit reagierte, den Ort mit Gendarmen und Volkswehrsoldaten sichern zu lassen. Um Mitternacht des 18. Juli 1922 erfolgte der Angriff der ungarischen Freischärler, der nach dreistündigem Kampf erfolgreich abgewehrt werden konnte. Die ungarische Regierung schob der erneut aufflammenden Freischärlerbewegung aber alsbald einen Riegel vor.

Der verwegenste Versuch seitens der ungarischen Behörden, das leidige Thema endlich zu ihren Gunsten abzuschließen, sollte aber noch kommen. Für den 20.

August 1922 war das Eintreffen der versprochenen Untersuchungskommission vorgesehen. Das wusste auch der Gemeindepfarrer von Pinkamindszent (Allerheiligen), Szombathelyi, der dies der Bevölkerung jedoch verschwiegen. Die Ankunftszeit war für 10 Uhr vormittags geplant. Zu dieser Zeit besuchte der Großteil der Luisinger Bevölkerung die Sonntagsmesse in Hagendorf. Szombathelyi ließ etwa 50 ungarische Bauern aus Pinkamindszent kommen, um so den Eindruck einer magyarischen Gemeinde zu erwecken. Doch die Ungarn warteten um 10 Uhr vergeblich auf das Eintreffen der alliierten Kommission. Diese kam erst gegen 16 Uhr an, als die Luisinger längst heimgekehrt und die ungarischen Bauern deshalb abgezogen waren. Als die Kommission nun eintraf, fragte sie zuerst die Kinder welche Sprache sie sprechen und sie antworteten mit „Deutsch“. Das klare Eintreten der versammelten Bevölkerung machte der Kommission die Entscheidung schließlich leicht.

In weiterer Folge schlug der österreichisch-ungarische Grenzregelungsausschuss dem Völkerbund also vor, Luising an Österreich anzugliedern. Als am 19. September 1922 eine Sitzung des Völkerbundes tagte, fiel die Entscheidung, die Gemeinde Luising ebenso wie die Gemeinden Schachendorf, Schandorf, Unterbildein und Oberbildein an die Republik Österreich anzuschließen. Zehn weitere Gemeinden gingen an Ungarn. Die ungarische Regierung zeigte sich über den Ausgang der Verhandlungen des Völkerbundes verstimmt, aber auch in Österreich hielt sich die Freude in Grenzen. Dies kam in einem Aktenvermerk eines Berichtes aus dem Bundeskanzleramt zum Ausdruck, in dem es heißt:

„Vom ungarischen Standpunkt kann wohl von einem peinlichen Mißerfolg gesprochen werden, weil den Wünschen nach weiterer Zerstückelung des Burgenlandes nicht vollkommen Rechnung getragen wurde, doch darf nicht übersehen werden, daß auch Österreich wieder Grund hat, sich durch die Entscheidung verletzt zu fühlen: Der Völkerbundrat hat Ungarn Gebiete zugesprochen, die nach dem Staatsvertrag von St. Germain zweifellos Österreich gehören.“

Am 10. Jänner 1923 wurde Luising in die österreichische Hoheitsverwaltung übernommen.



Dürnbach / Vincjet

Bezirk Oberwart

Auch für die Einwohner der kleinen Gemeinde Dürnbach war die erste Zeit nach dem Anschluss des Burgenlandes an Österreich in erster Linie eine Zeit der Anpassung. Für die Bauern, die bis dahin ihre Erzeugnisse hauptsächlich nach Szombathely (Steinamanger) geliefert hatten, bedeutete dies den Verlust eines wichtigen Absatzmarktes. Man musste sich umorientieren. Viele arbeiteten fortan auf den umliegenden Meierhöfen. Andere wiederum zog es ins Marchfeld oder in noch weiter entfernte Teile Österreichs während einige ins Ausland emigrierten.

Die Ende der Zwanzigerjahre einsetzende Weltwirtschaftskrise wirkte sich auch auf die Gemeinde Dürnbach aus. Zwar kam dem kleinen Ort seine Struktur mit großem Bezug zur Landwirtschaft zugute, dennoch wuchs die Armut stetig, weshalb die Gemeinde zu Beginn der Dreißigerjahre ein Hilfsprojekt ins Leben rief. Jene Dürnbacher, die am meisten in Not geraten waren, wurden von der Gemeinde beschäftigt. Ein solcher Gemeindearbeiter erhielt zwei Schilling am Tag – gerade einmal genug um nicht hungern zu müssen. Zu dieser Zeit wuchs die Zahl jener, die zur Grünenarbeit in die Fremde fahren mussten, noch einmal an. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung des Ortes betrug zuweilen mehr als die Hälfte. Eine Änderung des Berufsbildes im Allgemeinen – vom Bauern hin zum Arbeiter – war ebenfalls Teil der Entwicklung. Dies führte wiederum dazu, dass immer mehr Menschen in Dürnbach sowie im gesamten südlichen Teil des Landes ihre Heimat verließen – ein Trend der andauerte. Das erklärt auch den stetigen Rückgang der Geburtenrate, der mit der Angliederung des Burgenlandes an Österreich einsetzte. Zählte Dürnbach im Jahr 1920 noch 844 Einwohner, so waren es 1991 nur mehr 364.

Trotz aller wirtschaftlichen Probleme – auch die Gewerbetreibenden im Ort waren betroffen – setzte eine zunehmende Mechanisierung ein. In Dürnbach etablierte sich eine Raiffeisengenossenschaft, die landwirtschaftliche Geräte ankaufte und ihren Mitgliedern zur Verfügung stellte. Eine Besonderheit war auch der erste PKW im Ort – im Jahre 1931 eine wahre Attraktion.

Die ersten Gemeinderatswahlen nach der Angliederung fanden am 25. März 1923 statt. Der Bauernbund erhielt 179 Stimmen, die Bürger und Arbeiter Partei 166 Stimmen. Somit entfielen auf beide Parteien je fünf Mandate. Vinzenz Stuparits wurde Bürgermeister, Stefan Marlovits Vizebürgermeister. Im Jahr 1931 – Stuparits war auch nach der Wahl im Jahr 1927 Bürgermeister geblieben – erlangte die sozialdemokratische Partei mit fünf Mandaten die Mehrheit. Die Christlich-Soziale Partei war mit vier Mandaten, der Landbund mit zwei Mandaten im Gemeinderat vertreten. Zum Bürgermeister wurde Johann Feher, zum Vizebürgermeister Georg Magyar gewählt. Als am 1. Mai 1934 die „ständestaatliche Verfassung“ verlautbart wurde, hatte dies zur Folge, dass am 31. Oktober desselben Jahres auch das Burgenland seine Verfassung an diese anzugleichen hatte und die sozialdemokratische Partei verboten wurde. Die übrigen Parteien lösten sich im Laufe des Jahres auf. Die Vaterländische Front trat alleinig an deren Stelle. Sie setzte den alten Gemeinderat ab und einen neuen „Gemeindetag“ – wie der Gemeinderat fortan bezeichnet wurde – ein. Zum Bürgermeister wurde Georg Magyar bestimmt.

Die Regimegegner, einerseits Sozialdemokraten und Kommunisten, andererseits die Nationalsozialisten, agierten im Untergrund. Ausgehend von den Kommunisten organisierte sich in Dürnbach der Widerstand. In der Dokumentation „Burgenland 1938“ wurde Dürnbach als eines der Zentren des Arbeiterwiderstandes im Bezirk Oberwart erwähnt. Anführer der Widerstandsbewegung war Johann Balaskovits, der dafür zu Beginn der Vierzigerjahre hingerichtet wurde.

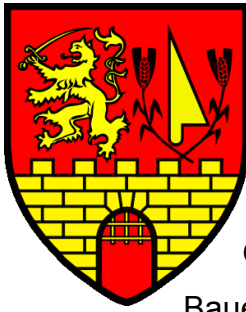
Seitens der Nationalsozialisten wurde schon der Boden für einen Anschluss an Deutschland genährt. Dieser begann schließlich am 13. März 1938, eine für 10. April angesetzte Volksbefragung sollte ihn legitimieren. Die große Mehrheit der Dürnbacher Bevölkerung stimmte in dieser Volksbefragung, die weder frei noch geheim war, für den Anschluss an Deutschland. In Dürnbach wurde auch eine Kundgebung für den Anschluss abgehalten. Die Motivation für die Bevölkerung daran teilzunehmen war die Hoffnung, die wirtschaftliche Lage würde sich für sie dadurch verbessern.

Im Zweiten Weltkrieg fielen 43 Soldaten aus Dürnbach, zehn galten als vermisst. Die Dürnbacher mussten Ende des Jahres 1944 mithelfen, Stellungen an der österreichisch-ungarischen Grenze zu errichten. Noch bevor man den Stellungsbau beenden konnte, erreichte die Front am 4. April 1945 Dürnbach. In einem vierstündigen Straßenkampf eroberten die Russen aus Richtung Schandorf kommend, den Ort.

Am 25. November 1945 fanden die ersten Wahlen auf Landes- und Bundesebene der Nachkriegszeit statt. In Dürnbach bildete sich ein provisorischer Gemeindeausschuss. Im Zuge des Wiederaufbaus wurden die beiden Schulen, das Armenhaus und die Dorfstraße instandgesetzt. Die Reparaturen von Kirchturm, Pfarrhof und Friedhof überschritten deutlich das Budget. Augenscheinlich für die schlechte wirtschaftliche Situation war, dass der Bürgermeister der Gemeinde Geld leihen musste, damit dringende Zahlungen getätigt werden konnten. Erst in der zweiten Hälfte der Besatzungszeit begann sich die wirtschaftliche Lage zu erholen. Kriegsheimkehrer konnten ihre Felder wieder bestellen, Handwerksbetriebe ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Wie bereits nach dem Ersten Weltkrieg kam der Agrargemeinde Dürnbach ihre landwirtschaftliche Struktur zugute – im Gegensatz zu anders strukturierten Städten, die auf die Zulieferungen vom Land angewiesen waren. Die ländliche Struktur war es aber später, die den andernorts stattfindenden Wirtschaftsaufschwung in den Sechziger- und Siebzigerjahren hemmte. Während das Zeitalter des Massenkonsums einsetzte, starben die kleinen Handwerker allmählich aus.

Am 1. Jänner 1971 wurden mit Inkrafttreten des Gemeindestrukturverbesserungsgesetzes die Gemeinden Dürnbach, Schandorf und Schachendorf zur Gemeinde Schachendorf zusammengelegt.

Die Gemeinde nimmt eine wichtige Rolle in der kroatischen Minderheitenkultur des Burgenlandes ein. Im Jahr 1900 betrug der kroatisch-sprechende Anteil der Bevölkerung 87,6 Prozent. Er stieg im Laufe der Jahre und erreichte bei der Zählung im Jahr 1961 mit 97,8 Prozent seinen höchsten Wert. Im Jahr 1991 war der kroatisch-sprechende Teil der Bevölkerung auf 76,6 Prozent geschrumpft.



Oberpullendorf

Oberpullendorf bekam zur Zeit der Räteherrschaft in Ungarn anstelle einer Gemeindevertretung ein nicht gewähltes Organisationskomitee, bestehend aus Arbeiter-, Soldaten und Bauernräten. Die Gendarmerie wurde durch die Rote Garde ersetzt. Nachdem die Proletarierherrschaft in Ungarn im August 1919 gestürzt worden war, wurden der frühere Bürgermeister Oberpullendorfs und die Gemeinderäte wieder in ihrem Amt bestätigt. Auf höheren Befehl wurden die Kommunisten in Ödenburg vor Gericht gestellt. Oberpullendorf setzte sich für seine Kommunisten ein, die versprachen nicht mehr politisch aktiv zu sein und die Ruhe im Ort nicht zu stören. Als im darauffolgenden Jahr die Burgenlandfrage immer dringlicher wurde, warb Ungarn für seine Sache, indem es der deutschsprachigen Bevölkerung besondere Privilegien in Aussicht stellte, etwa die Beibehaltung der Schul- und Amtssprache. Für Oberpullendorf war dies nicht von Bedeutung, da die Amts- und Unterrichtssprache ohnehin ungarisch war.

Die Unterzeichnung des Vertrags von Trianon bezüglich der Grenzziehung führte in Oberpullendorf zu Protesten. In Oberpullendorf und Oberwart – den beiden ungarischen Sprachinseln – waren die Bestrebungen das Burgenland an Österreich anzugliedern im Vergleich zum übrigen Land eher gering. In beiden Orten überwog nämlich der Anteil der magyarischen Bevölkerung, die sich in der Beschlussfassung von Wien übergangen fühlte. Außerdem war man wirtschaftlich eng mit den ungarischen Grenzorten Szombathely (Steinamanger) und Köszeg (Güns) verflochten. Ein weiterer Grund waren die geographischen Gegebenheiten des Gebiets. Während das Oberpullendorfer Becken und das obere Pinkatal gegen Osten hin offen sind, bilden das Bernsteiner Gebirge, die Bucklige Welt und das Rosaliengebirge gegen Österreich eine natürliche Barriere.

Als die österreichische Gendarmerie am 28. August 1921 das Gebiet besetzen wollte, wurde sie bei Pilgersdorf von ungarischen Freischärlern zurückgedrängt. In Oberpullendorf selbst war Mitte September ein Trupp Freischärler unter der Führung von Miklós Budaházy eingetroffen. Erst am 4. November verließen die Freischärler den Ort Richtung Ödenburg, ehe das Gebiet Ende des Monats endgültig vom

österreichischen Bundesheer in Besitz genommen werden konnte. Die Gendarmerie wurde in der Oberpullendorfer Schule und in Privathäusern einquartiert und blieb ein halbes Jahr zur Sicherung im Ort.

Bereits im Jahr 1850 war die Bildung eines Bezirksamts für 37 Gemeinden mit Oberpullendorf als Bezirksvorort beschlossen worden. Der Verwaltungsbereich des Bezirks wurde nach 1921 wesentlich vergrößert. Daher lag es im Sinne der Beamten, das Vertrauen der Bevölkerung zu erlangen. Angesichts der Propaganda, die seitens Ungarns betrieben wurde, war das nicht immer leicht. So lief der Ausbau des Bezirksvororts sehr langsam an. Erst wurde mit dem Bau des Krankenhauses begonnen, später folgte die Errichtung von Beamtenhäusern. Ein sehr großes Bauvorhaben war das neue Amtsgebäude, das Bezirksgericht, Gendarmerie, Vermessungsamt und Post unter einem Dach vereinte. Während des Zweiten Weltkriegs kam das Bauvorhaben zum Erliegen. In den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs waren auf Oberpullendorfer Boden, nämlich am Bahnhofgebäude, noch heftige Kämpfe im Gang. Daran erinnert noch heute der russische Soldatenfriedhof in der Neugasse. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war aus dem Landratsamt Oberpullendorf wieder die Bezirkshauptmannschaft geworden. Jedoch war sie zu diesem Zeitpunkt keine burgenländische, sondern eine niederösterreichische Verwaltungseinrichtung. Das Land Burgenland blieb noch einige Monate – bis 29. August 1945, als ein neues Bundesverfassungsgesetz in Kraft trat – geteilt. Der unterbrochene Ausbau des Bezirksvororts konnte (noch) nicht wieder aufgenommen werden. Es fehlten die finanziellen Mittel. Erst mit dem Ende der Besatzungszeit setzte der Aufbau wieder ein. Das im Jahr 1927 fertiggestellte Landeskrankenhaus war von den Kriegsgeschehnissen im Jahr 1945 stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Es diente zu dieser Zeit vorübergehend als russisches Militärlazarett.

Mit der Fortsetzung des Ausbaus zum Bezirksvorort begann der Aufstieg des Bauerndorfs Oberpullendorf. An erster Stelle unter den Beschäftigten rangierten nun die öffentlichen und sozialen Dienste. Die zweite Stelle nahmen Industrie und Handwerk ein. Auf Platz drei lag das Bauwesen, an vierter Stelle Handel und Lagerung und auf der fünften Stelle das Geld- und Kreditwesen. Erst dahinter, auf Rang sechs, fand man die Land- und Forstwirtschaft.

Im Jahr 1975 wurde das Stadtrecht an Oberpullendorf als siebente Stadt im Burgenland verliehen.



Schattendorf

Bezirk Mattersburg

Schattendorf gehörte bis zum Jahr 1921 dem Komitat Ödenburg an, wurde dann vorerst dem Bezirk Eisenstadt und schließlich dem Bezirk Mattersburg angegliedert. Da Österreich Ödenburg an Ungarn abtreten musste, verlor Schattendorf einen wichtigen Absatzmarkt, der sich später nach Mattersburg und Wr. Neustadt verlagerte. Die Gemeindeverwaltungskommission entstand in Schattendorf im August 1922. Damit war man burgenlandweit ein Nachzügler. Am 25. März 1923 fanden die ersten Gemeinderatswahlen im Burgenland statt. Das Ergebnis brachte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei acht Mandate ein, den Christlich-Sozialen sechs Mandate. Bürgermeister wurde der Sozialdemokrat Johann Grafl. Bereits 1924 wurde ein Misstrauensantrag gegen den Bürgermeister seitens der Fraktion der Christlich-Sozialen Partei gestellt. Die Diskrepanzen beim Straßenbau sowie im Schulwesen – es gab den Versuch die konfessionelle Schule in eine Gemeindeschule umzuwandeln – hatten die Parteien entzweit. Am 8. November 1925 kam es daher zu Neuwahlen, bei der die SDAP zehn Mandate und die CSP sechs Mandate erhielt. Die politischen Meinungsverschiedenheiten setzten sich fort. Bei den nächsten Gemeinderatswahlen im Jahr 1927 musste sogar die Landesregierung eingreifen, da die Parteien keinen Konsens über die Zusammensetzung eines Gemeindevorstandes fanden.

Auf Landesebene hatten die Politiker inzwischen den Entschluss gefasst im Burgenland keine paramilitärischen Wehrverbände zu etablieren. Jedoch geschah dies 1925 seitens der Frontkämpfer. Ausgehend von Wien begann die Frontkämpfervereinigung im gesamten Burgenland Zahlstellen zu errichten. Ziel derer war es, Mitglieder zu rekrutieren. Besonders betroffen waren die Ortschaften entlang der Bahnlinie Ödenburg - Wr. Neustadt. Die Sozialdemokratische Partei reagierte, indem sie Republikanische Schutzbundgruppen ins Leben rief. In Schattendorf kam es nun immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppierungen. Vorerst äußerten sich diese in Raufereien oder in Störungen von Versammlungen. Am 30. Jänner 1927 passierte jedoch etwas, dass schwerwiegende Folgen – weit über die Grenzen von Schattendorf hinaus – haben sollte. In den 20er-Jahren betrieb die Frontkämpfervereinigung im Mattersburger

Bezirk einen großen Werbeaufwand. Die Sozialdemokraten interpretierten dies als reine Provokation. Ein Dorn im Auge war den Sozialdemokraten eine für den 30. Jänner 1927 in Schattendorf geplante Veranstaltung der Frontkämpferversammlung. Die SDAP setzte für denselben Tag ebenfalls eine Versammlung an, die den Behörden jedoch nicht gemeldet wurde. Beide Veranstaltungen sollten um 15 Uhr beginnen. Der Schutzbund der SDAP zählte 70 Mitglieder während die Frontkämpferversammlung nur aus 30 Mitgliedern bestand. Jedoch hatte die SDAP keine Kenntnis darüber, dass die Frontkämpferversammlung nicht nur die Ortsgruppe Loipersbach, sondern auch Mitglieder aus Wien erwartete. Dies erfuhr der Schutzbund erst gegen 10 Uhr vormittags des besagten Tages. Der Landesführer des Wiener Schutzbundes, Oberleutnant Friedrich Hofmann, der auch in der Wiener Volkswehr diente und Sekretär der Schutzbund-Reichsleitung war, hatte die ortsansässigen Schutzbündler darüber unterrichtet. Er war als Referent der SDAP-Veranstaltung geladen. Gegen elf Uhr trafen sich Hofmann sowie der Bezirksleiter des Schutzbundes und Leiter der Ortsgruppe Baumgarten Thomas Preschitz, die Gruppenleiter Michael Tranker (Schattendorf) und Josef Wild (Draßburg), der SDAP-Obmann von Schattendorf Josef Pinter und mehrere andere SDAP-Mitglieder zur Beratung. Es gingen nämlich Gerüchte um, wonach die Frontkämpfer versuchen würden, die Veranstaltung des Schutzbundes zu sprengen. Man wollte sich dagegen zur Wehr setzen und deshalb auch die Schutzbundgruppen aus der Umgebung um Hilfe bitten. Hofmann verfasste einen Brief, der von einem Fahrradboten nach Klingenbach gebracht wurde. Preschitz selbst wollte die Ortsgruppen Baumgarten und Draßburg mobilisieren. Zeitgleich fand in Neufeld eine Veranstaltung der Sozialdemokratischen Jugendorganisation statt, an der die ranghohen SDAP-Politiker des Landes teilnehmen würden. Es besteht jedoch berechtigter Grund zu der Annahme, dass die Führungsriege die Mobilisierung von vier Schutzbundgruppen nicht erlaubt hätte, da sie als Provokation aufgefasst worden wäre und eine solche wollte man tunlichst meiden.

In Klingenbach entschied man sich dem Ruf Hofmanns Folge zu leisten. Damit verstieß man gegen die Klingenbacher Statuten, worin festgelegt war, dass der Wirkungsbereich des Klingenbacher Schutzbundes auf den Bezirk Eisenstadt beschränkt war. Die geplante Veranstaltung der SDAP hatte sich mittlerweile bis zum Schattendorfer Gruppenkommandanten, Gruppeninspektor Johann Wittwer

herumgesprachen, der sich umgehend bei Bürgermeister Johann Grafl darüber informierte. Bei diesem Gespräch war auch Hofmann anwesend. Dabei kam zur Sprache, dass andere Schutzbund-Ortsgruppen in Schattendorf erwartet werden. Gegen 13.15 Uhr trafen schließlich die Schutzbundgruppen aus Schattendorf, Baumgarten, Draßburg und Klingenbach im örtlichen Gasthaus Moser ein, in dem die Veranstaltung stattfinden sollte. Insgesamt hatten sich 112 Anhänger des Republikanischen Schutzbundes eingefunden. Man fasste den Plan zum Bahnhof Loipersbach-Schattendorf aufzubrechen, denn von dort wollte die Loipersbacher Frontkämpfervereinigung die Wiener Funktionärsgruppe abholen. Ziel der Schutzbündler war es, den Einmarsch der Frontkämpfer in Schattendorf zu verhindern. Beim Gasthaus Tscharmann – es war das Vereinslokal der Frontkämpfer – lösten sich rund zehn bis 15 Mann der Schutzbündler von der Truppe und stürmten das Lokal. Bei dieser ersten Auseinandersetzung des 30. Jänners 1927 gab der Sohn des Wirtes, Josef Tscharmann, einen Schuss ab, der die Gendarmerie alarmieren sollte. Gruppeninspektor Wittwer konnte schlichtend eingreifen, während der Großteil des Schutzbundes seinen Marsch zum Bahnhof fortsetzte. Die Schutzbündler warteten dort auf den Zug aus Wien, der gegen 14.40 eintraf. Lediglich zehn Mitglieder der Frontkämpfervereinigung waren angereist, davon acht Mattersburger und zwei ranghohe Funktionäre aus Wien, Hauptmann Anton Seifert und der Sekretär der Österreichischen Frontkämpfervereinigung, Josef Landgraf. Es kam zu Raufereien und Revierinspektor Anton Schmied bat beim Gendarmeriebezirkskommando Mattersburg um Hilfe, da man die Situation nicht mehr alleine bewältigen konnte. Die Frontkämpfer sagten schließlich ihre Veranstaltung ab. Zum gleichen Zeitpunkt waren die Frontkämpfer aus Loipersbach am Bahnhof eingetroffen, die sich aufgrund ihrer numerischen Unterlegenheit Richtung Mattersburg zurückzogen. Bei der Rauferei am Bahnhof waren auch Schüsse gefallen. Ernsthaft verletzt wurde hier aber niemand. Während sich die Schutzbündler – begleitet von SDAP-Parteigänger aber auch von Unbeteiligten – auf den Rückweg zum Gasthof Moser machten, verbreitete sich das Gerücht, ein Loipersbacher Frontkämpfer wäre bei den Auseinandersetzungen erschossen worden. Als die Schutzbündler erneut am Vereinslokal der Frontkämpfer, dem Gasthof Tscharmann, vorbeikamen, lösten sich abermals einige von der Gruppe und stürmten das Lokal, in dem sich etliche Frontkämpfer aufhielten. Die Söhne des Wirtes, Josef und Hieronymus Tscharmann und deren Schwager Johann Pinter

flüchteten in ihre Wohnung. Von dort gab Josef Tscharmann Schüsse auf die Hofmauer ab, ehe er wie sein Bruder und sein Schwager von einem vergitterten Fenster aus auf die Straße schoss. Dies hatte katastrophale Folgen: Mehrere Personen, teilweise Unbeteiligte, wurden verletzt. Zwei Menschen, der sechsjährige Josef Grössing aus Schattendorf und der Klingenbacher Schutzbündler Matthias Csmarits wurden tödlich getroffen.

Am späten Nachmittag waren Fahrradkuriere der Sozialdemokraten aufgebrochen, um die Nachricht über die Gewalttaten in Neufeld und Eisenstadt publik zu machen. Die Mobilisierung einzelner Schutzbundgruppen konnte aber verhindert werden. Der Landespartei sekretär der SDAP, Hans Bögl, fuhr noch am Abend nach Schattendorf, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Bereits am nächsten Tag kam es zu Protestkundgebungen in Großbetrieben in Wien und Wr. Neustadt. Auch in Neufeld gab es eine Protestaktion. Um 11 Uhr ertönten sie Sirenen in den Neufelder Industriebetrieben. Insgesamt 6000 Menschen nahmen an der Protestversammlung teil. Die Begräbnisse der Opfer, die zwei Tage später stattfanden, wurden zu einer sozialdemokratischen Kundgebung, an der über 10.000 Personen teilnahmen. Um 11 Uhr desselben Tages wurde in ganz Österreich ein Generalstreik abgehalten.

Bei der Nationalratssitzung des 3. Februars forderten die Sozialdemokraten dazu auf, die Schuldigen von Schattendorf zur Verantwortung zu ziehen. Außerdem forderten sie die Auflösungen der Frontkämpferversammlung. Thema der Landtagssitzung am 8. Februar war unter anderem eine Resolution, die dazu mahnte, „politische Kämpfe mit geistigen Waffen auszutragen“.

Im Juli kam es zum Prozess gegen Josef Tscharmann, Hieronymus Tscharmann und Johann Pinter. Die Anklage lautete: „Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeiten durch boshafte Handlungen unter besonders gefährlichen Verhältnissen nach § 87 des Österreichischen Strafgesetzes“. Den Anwälten gelang es, den Schutzbund als eigentlichen Schuldigen darzustellen, weshalb der Prozess für alle drei mit einem Freispruch endete. Das Urteil führte am darauffolgenden Tag, dem 15. Juli 1927, zu spontanen Demonstrationen in Wien. Der Unmut gipfelte darin, dass der Justizpalast in Brand gesetzt wurde. Der Polizei gelang es nicht, die Situation unter Kontrolle zu bringen. An diesem Tag verloren 89 Menschen ihr Leben, über 600 weitere wurden

verletzt. Dieses Datum leitete zugleich einen Wendepunkt der Demokratie in Österreich ein, einem Land das in den Bürgerkrieg zu verfallen drohte. Sozialdemokraten und Christlich-Soziale einigten sich angesichts der Ereignisse von Schattendorf auf einen sachlichen Wahlkampf vor der bevorstehenden Landtags- und Nationalratswahl.



Purbach

Bezirk Eisenstadt-Umgebung

In der Zeit nach Ende des Ersten Weltkrieges bis zum Anschluss des Burgenlandes an Österreich kam es in Purbach häufig zu Unruhen. Zeitzeugen berichteten von Raufereien beim „Heimkehrerball“ 1919 im Gasthaus Lippl. Die Heimkehrer gerieten mit ungarischen Soldaten aneinander. Letztere holten vom Bahnhof, wo ein ungarischer Panzerzug stand, einige Panzer, umstellten das Lokal und schossen beim Fenster hinein. Glücklicherweise entstand dabei nur am Gasthaus ein Schaden. Als Österreich mit der Besitznahme begann und die Ungarn abgezogen waren, wurde dies in Purbach groß gefeiert.

Die Nachkriegskrise hatte gerade zu der Zeit, als das Burgenland an Österreich angegliedert wurde, ihren Höhepunkt erreicht. Der Umlauf von Banknoten erreichte 1922 den 3000-fachen Wert als 1914. Die Inflation war dementsprechend hoch. Das geht auch aus den Gemeinderatsprotokollen in Purbach hervor. Etwa 20 Familien verließen zu Beginn der 1920er-Jahre ihre Heimat, Purbach. Im Gegensatz zu den anderen, bevorzugten die Purbacher Argentinien als Auswanderungsziel. Sie hatten meist nur ein Grundstück, das sie verkauften um so die Überfahrt zu bezahlen. Von denen, die geblieben waren, mussten viele schmuggeln, um über die Runden zu kommen. Der Zeitzeuge Paul Weisz arbeitete als Lehrling und verdiente drei Schilling am Tag, später als Maurer waren es bis zu 25 Schilling. Es kam häufig vor, dass vor allem die Bauern mit Naturalien bezahlten. Weisz erinnerte sich, dass ein Kilogramm Schmalz damals 1,80 Schilling kostete, ein Kilogramm Mehl 60 Groschen und eine Semmel sechs Groschen.

Ab dem Jahr 1937 verstärkten die – zu diesem Zeitpunkt noch illegalen Nationalsozialisten – ihre Tätigkeit. So geht aus den Vorfällenberichten des Landesarchivs hervor, dass es am 30. April 1937 eine Streuaktion gegeben hatte, deren Täter nicht ermittelt werden konnten. Vom 4. auf den 5. Mai gab es bei der Florianisiedlung eine weitere Streuaktion. Am 5. Oktober wurden Flugblätter in der Hauptstraße gestreut.

Mit dem Umbruch löste Johann Hölzl Johann Schüller als Bürgermeister ab. Hölzl war zudem Ortsgruppenleiter und wurde später Kreisleiter. Was die Bevölkerung betrifft, so waren deren Gefühle zweigespalten. Zum einen erhoffte man sich eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, zum anderen machte sich auch die Angst vor Ungewissheit breit.

Dem Bericht eines Zeitzeugen zufolge kamen am 13. März 1938 zwei oder drei LKW der Wehrmacht bei der Ortseinfahrt am Türkentor an. Am Platz bei der Brückenwaage standen die Soldaten, daneben zwei Motorräder mit Beiwagen. Es gab einen Treffpunkt, an dem die Blasmusik spielte. Dann marschierte man durch den Ort. Eine in Purbach ansässige jüdische Familie, die ein Geschäft betrieb und bei der viele Einwohner Schulden hatten, musste nach Amerika auswandern.

In den Wochen zwischen dem Anschluss und der Volksabstimmung fanden immer wieder Aufmärsche in Purbach statt. Am Tag der Abstimmung selbst wurden die Bewohner gassenweise von der Musikkapelle abgeholt und zum Gemeindeamt gebracht. Dort war die Aufschrift „Nur ein Schwein stimmt nein“ angebracht. Die Abstimmung selbst erfolgte offen. In Purbach gab es zwei Nein-Stimmen.

Mit Kriegsbeginn wurden die Männer abberufen. Sie wurden auf der Osterwiese in Eisenstadt gesammelt. In der Gemeinde wurde eine Tafel angebracht, an der jeden Tag der Frontverlauf mit Stecknadeln eingetragen wurde. Die Meldungen über Gefallene häuften sich mit Fortdauer des Krieges. Dann kam es auch immer häufiger vor, dass bei den Requiem, die beim Kriegerdenkmal gehalten wurden, seitens der Angehörigen eines Gefallenen über das Regime geschimpft wurde. Familie und Freunde der Angehörigen versuchten aber sofort dies zu unterdrücken – aus Angst vor der Gestapo.

Ende 1944 kamen 700 bis 900 ungarische Juden nach einem beschwerlichen Fußmarsch ins „Todeslager“ Donnerskirchen-Purbach. Die Zustände im Lager waren katastrophal. Neben den unmenschlichen Verhältnissen durch Kälte, fehlende Kleidung und schlechte Ernährung waren es auch die unwürdigen hygienischen Verhältnisse, die zu schweren Erkrankungen führten. Das Bewachungspersonal bestand aus Volkssturmeinheiten, SA und Gendarmerie. Ein Volkssturmaufseher ließ

die Juden bei -20 Grad zum Appell antreten. Als einige von ihnen nicht mehr stehen konnte, zog man ihnen die Kleidung aus und setzte sie in den Schnee, wo sie hilflos erfroren.

Am 3. April 1945 tauchte gegen 14 Uhr ein russischer Spähtrupp in Purbach auf. Tags davor war eine Gruppe von Soldaten in Donnerskirchen angegriffen worden, die sich über Nacht nach Purbach zurückgezogen hatte. Dem Spähtrupp gelang es die Soldaten aufzuspüren. Später entwickelte sich ein heftiges Gefecht. Purbach geriet in den letzten Kriegstagen häufig unter Beschuss.

Aus den offiziellen Heimkehrerlisten geht hervor, dass 33 der 3891 Heimkehrer aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft Purbacher waren. Der erste Purbacher kam am 17. September 1947, der letzte am 13. Oktober 1953 heim. Am 17. Jänner 1947 hatte die Gemeinde Purbach eine Liste an die Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt übergeben, in der zu sehen war, dass 101 Purbacher gefangen oder vermisst waren. 54 befanden sich in russischer Kriegsgefangenschaft. Von 38 war der Ort nicht bekannt. Man ging aber davon aus, dass sich der Großteil von ihnen ebenfalls in russischer Kriegsgefangenschaft befand. 115 Purbacher verloren im Zweiten Weltkrieg ihr Leben.

In Purbach bildeten sich nach Kriegsende zwei Parteien: die SPO und die ÖVP. Bürgermeister wurde am 25. November 1945 Johann Karner von der SPÖ, Vizebürgermeister Michael Sandhofer von der ÖVP. Zur selben Zeit wurde mit dem Wiederaufbau begonnen. Der Abzug der russischen Besatzung im Mai 1955 war mit großer Freude und Erleichterung verbunden. Über den Abschluss der Staatsvertragsverhandlungen hatte man in Purbach selbst nicht viel mitbekommen. Der Abzug der Besatzung hatte auch den Wegfall vieler Kontrollen zur Folge.

Der Ort breitete sich ab 1945 kontinuierlich aus und erfuhr im Laufe der Jahrzehnte einen großen wirtschaftlichen Aufschwung. Am 22. Juni 1997 wurde der Gemeinde Purbach nach einem Ansuchen aufgrund seiner überregionalen Bedeutung das Stadtrecht verliehen.



Neudorf / Novo Selo

Bezirk Neusiedl am See

Als am 13. November 1921 das Bundesheer in Neudorf einrückte, wurde gerade Nachkirrtag gefeiert. Die Stimmung im Ort war gespalten. Die Intellektuellen standen der Sache eher skeptisch gegenüber. Diejenigen, deren Leben beruflich oder sozial nach Österreich ausgerichtet war, freuten sich über die neue Entwicklung, während die Übrigen, die ihr Auskommen in Ungarn fanden, für einen Verbleib bei Ungarn plädierten. Viele von ihnen zog es später beruflich nach Wien. Aber auch die Bauern hatten zu kämpfen. Für sie bedeutete die Zwischenkriegszeit auch eine Zeit der Umstellung, die für einige mit dem wirtschaftlichen Ruin endete. Fünf Neudorfer wanderten damals in die USA aus.

Der Zweite Weltkrieg traf Neudorf besonders hart. Am 3. April 1945, es war Ostermontag, begannen die Kriegshandlungen im Ort. Bereits nach der Frühmesse fielen Granaten. Einen Tag später marschierte die russische Armee in Neudorf auf. Während dieser Tage verloren fünf Neudorfer ihr Leben, sieben Häuser wurden teilweise oder vollkommen zerstört. Die traurige Bilanz nach dem Zweiten Weltkrieg: 57 Neudorfer waren nicht mehr heimgekehrt, ein jüdisches Ehepaar an einem unbekanntem Ort umgekommen und ein Ortsbewohner in Mauthausen getötet worden. Ein weiterer Neudorfer überlebte die Konzentrationslager Auschwitz und Mauthausen.

Der Krieg hatte überall seine Spuren hinterlassen. Vor allem für die Landwirtschaft war das Jahr 1945 ein katastrophales Jahr. Neben den Schäden, die durch Kriegsdurchzug entstanden waren, blieb im Frühjahr und im Sommer der Niederschlag aus. Erste wichtige Schritte beim Wiederaufbau betrafen vor allem die Schule und das Gemeindeamt. Im Jahr 1949 erfolgte eine Generalsanierung der Volksschule. 1952 nahm man sich der Regulierung des Ortsbaches und des Ortsteiches Riunjak an.

Das Ende der Besatzung durch russische Soldaten wurde in Neudorf dahingehend gefeiert, dass am 15. Mai 1955, dem Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrags, um 12 Uhr mittags für 15 Minuten die Glocken läuteten.

Am 1. September 1970 beschloss der Burgenländische Landtag die Auflösung der Gemeinde Neudorf und die Zusammenlegung derselben mit Gattendorf und Potzneusiedl. Der Beschluss trat mit 1. Jänner 1971 in Kraft. Die Gemeinde trug fortan den Namen Gattendorf - Neudorf. Nicht alle Bewohner begrüßten die Vereinigung der Ortschaften.

Am 1. Jänner 1990 wurde Neudorf wieder eine eigenständige Gemeinde. Am 10. April desselben Jahres wurde mit Stefan Mikula ihr erster neuer Bürgermeister angelobt. Im Oktober 2005 wurde die zweisprachige Gemeinde Neudorf mit dem Titel „Najselo 2005“ (das Superdorf) ausgezeichnet. Der Preis wurde von "Hrvatska matica iseljenika“ verliehen, einer Organisation für die Zusammenarbeit mit den kroatischen Minderheiten in Europa. In der offiziellen Begründung an Bürgermeister Stefan Mikula hieß es:„

- *In Ihrer Gemeinde bedient sich die Mehrheit der Bevölkerung neben der deutschen auch der kroatischen Sprache, die erfolgreich auch an die Jungen und Jüngsten weitergegeben wird.*
- *Dort wirken zahlreiche Vereinigungen und Einzelpersonen, welche die Sprache erhalten und kulturelle Werte verbreiten.*
- *Ihre Gemeinde und die verschiedenen Vereinigungen und Organisationen arbeiten erfolgreich mit vielen Organisationen in Österreich, aber auch in Ungarn, der Slowakei, Kroatien u.a.*
- *Sie selbst, wie auch die anderen politischen Vertreter ihrer Gemeinde, bemühen sich um den Schutz der Rechte der kroatischen Volksgruppe und unterstützen Aktivitäten in Verbindung mit der Erhaltung des Selbstbewußtseins, der Sprache und Kultur.“*

Statistische Daten der vorgestellten Gemeinden

Neudorf / Novo Selo

Bürgermeister: Stefan Mikula, ÖVP

Gemeinderat (13 Mandate): ÖVP 8, SPÖ 5

Bevölkerungsentwicklung:

1869: 1092
1900: 1014
1923: 1026
1951: 902
1981: 663
2011: 714

Purbach am Neusiedlersee

Bürgermeister: Ing. Richard Hermann, ÖVP

Gemeinderat (23 Mandate): ÖVP 14, SPÖ 9

Bevölkerungsentwicklung:

1869: 1734
1900: 1794
1923: 1890
1951: 2170
1981: 2274
2011: 2726

Schattendorf

Bürgermeister: Alfred Grafl, SPÖ

Gemeinderat (23 Mandate): SPÖ 18, ÖVP 5

Bevölkerungsentwicklung:

1869: 1503
1900: 1902
1923: 2173
1951: 2541
1981: 2539
2011: 2400

Oberpullendorf

Bürgermeister: LAbg. Rudolf Geißler, ÖVP

Gemeinderat (23 Mandate): ÖVP 12, SPÖ 10, Grüne 1

Bevölkerungsentwicklung:

1869: 1188
1900: 1242
1923: 1400
1951: 1824
1981: 2422
2011: 3038

Dürnbach / Vincjet – Ortsteil von Schachendorf

Bürgermeister: Adalbert Resetar, ÖVP

Gemeinderat (15 Mandate): ÖVP 10, SPÖ 5

Bevölkerungsentwicklung:

1869: 1438
1900: 1802
1923: 1816
1951: 1503
1981: 916
2011: 767

Luising – Ortsteil von Heiligenbrunn

Bürgermeister: Gerhard Schrantz, ÖVP

Gemeinderat (15 Mandate): ÖVP 11, SPÖ 4

Bevölkerungsentwicklung:

1869: 1584
1900: 1703
1923: 1591
1951: 1531
1981: 1133
2011: 831

Jennersdorf

Bürgermeister: Wilhelm Thomas, ÖVP

Gemeinderat (25 Mandate): ÖVP 15, SPÖ 6, Grüne 2, FPÖ 1, BLP 1

Bevölkerungsentwicklung:

1869: 4177

1900: 4966

1923: 4485

1951: 3884

1981: 4115

2011: 4249